

Im Vordergrund der Diskussion um Europa steht das Positionspapier, das sich mit dem „Europäischen Wirtschaftsraum“, mit den Problemen des Zusammenwachsens der zwölf Staaten der „Europäischen Gemeinschaft“ und der sechs Mitgliedländer der Europäischen Freihandelszone EFTA, befasst. Eine Reihe von Anträgen zielt über Westeuropa hinaus, verlangt vom SGB ein aktives Mitmachen beim Aufbau einer freiheitlicheren Gesellschaft in den osteuropäischen Ländern. Schliesslich geht die Sicht noch weiter hinaus in die Dritte Welt, auf die Rolle, welche die internationale Gewerkschaftsbewegung spielen sollte. In die Geschehnisse in Europa und in die Wünsche nach einer friedlicheren Welt insgesamt eingebettet ist, das Positionspapier zur Rüstungskonversion.

### **EG, EFTA und EWR**

Im „Positionspapier zu Europa“, das die Delegierten am SGB-Kongress in Interlaken diskutieren werden, wird zunächst „positioniert“. Zum Beispiel: „Die Europäische Gemeinschaft ist durch Süderweiterung zu einer für den ganzen Kontinent massgeblichen ökonomischen und politischen Vereinigung geworden. Der Zusammenbruch der sowjetischen Klammer um Osteuropa wird auch diese Länder in ein näheres Verhältnis zur EG führen... Die Austragung nationaler Gegensätze in EG-Europa durch kriegerische Auseinandersetzungen ist undenkbar geworden. Mit der vollen Freizügigkeit der Personen, mit dem Freihandel in Gütern, Diensten und Kapitalverkehr hat der Kontinent den Idealzustand erreicht, wie er von Generationen seiner Einwohner ersehnt und vor dem Ersten Weltkrieg, der europäischen Selbstzerstörung, auch annähernd verwirklicht gewesen ist.“

Dem folgen dann aber andere Erkenntnisse: „Die Gewerkschaften verkennen nicht, dass dieser Selbstaufbau und dieses Erwachen des Kontinents vorerst auch ganz direkt den Interessen der Unternehmen und Kapitalbesitzer dient. Desgleichen soll er den Kontinent im globalen Wettbewerb der Produktionsstandorte gegen Fernost, Japan und die USA stärken. Der Weg der europäischen Einigung blieb bis vor kurzem auf wirtschaftliche Liberalisierungsmassnahmen beschränkt...“. Und genau da will der SGB einhaken. Er will die Schweiz, die in der Nachkriegszeit den Weg ausserhalb der EG gesucht und sich mit andern west- und südeuropäischen Ländern der „Behelfsorganisation EFTA“ angeschlossen hat, wie das SGB-Papier die Europäische Freihandelszone nennt, an die grosse und starke Zwölfergemeinschaft heranführen helfen. Um gleichzeitig dazu beizutragen, dass das geeinte Europa soziale und umweltbewusste Strukturen beibehält, wo es sie schon hat, oder dort bekommt, wo, wie in Fragen der Umwelt, die Schweiz eher etwas voraus ist. „Die Isolation ist keine wünschbare Alternative“, sagt der SGB-Vorstand. Eine Haltung, die auch die verschiedenen Anträge zu diesem Thema zeigen. Einige unter ihnen möchten aber einen schnelleren Weg zur EG, indem man den EWR, den Europäischen Wirtschaftsraum, bestehend aus den EG- und den EFTA-Staaten, sozusagen umschiffet. Andere Antragsteller möchten jetzt schon festgelegt haben: Nur bei der und der Gestalt des EWR-Vertrages sagt der SGB ja. Die meisten Vorstellungen, die in diesen Anträgen entwickelt werden, teilt der SGB-Vorstand voll und ganz. Die Forderung nach Ratifikation der Sozialcharta, die Abschaffung des Saisonierstatuts, die umweltbezogenen Bedingungen im Positionspapier bezeugen es. Da möchte er sich nicht jetzt schon binden lassen. Die Organe des SGB, in diesem Falle wohl die Delegiertenversammlung, sollen dann definitiv entscheiden können, wenn sie wissen, was im Vertrag steht. Eine ständige Arbeitsgruppe wird zuhanden des SGB-Vorstandes das Geschehen in Europa dauernd verfolgen.

### **Zu Europa gehört auch der Osten**

Dass Europa nicht beim ehemaligen, politisch verstandenen Westeuropa aufhört, ist in den letzten Monaten allen klar geworden. Anträge gehen auch darauf ein. Zur Prüfung entgegennehmen will der SGB-Vorstand alle jene Vorschläge, die auf ein Mitmachen beim Aufbau demokratischer Systeme in den Staaten Ost- und Mitteleuropas hinzielen. Er sagt nicht einfach „annehmen“, weil dieser oder jener Vorschlag ihm nicht gerade den am besten geeigneten Weg vorzuschlagen scheint. Der Aufbau demokratischer Staaten, der Aufbau freier Gewerkschaften in den Staaten des ehemaligen Ostblocks verlangt eine enge internationale Zusammenarbeit. Der SGB ist da bereits tätig. Als Selbstverständlichkeit erachtet der SGB-Vorstand auch die Wünsche nach einer stärkeren internationalen Solidarisation mit den verfolgten und gemarterten Menschen der Dritten Welt und namentlich der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Hier ist der SGB über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und die massgeblich von ihm mitgetragenen Hilfswerke Schweizerisches Arbeiterhilfswerk und Solifonds tätig. Aber man muss sich auch bewusst sein, dass der SGB schlicht nicht die Kraft hat, überall und jedes Mal mit dabei zu sein.

### **Die Chance zur Abrüstung**

Die Chance zur Abrüstung ist durch das Aufeinanderzugehen, das in Krisensituationen gemeinsame Handeln der Supermächte USA und UdSSR einmalig gross. Der SGB-Kongress hat bereits vor vier Jahren den Beschluss gefasst, Vorschläge zu einem Abbau der Rüstungsbestrebungen in der Schweiz zu machen. Dem diesjährigen Kongress liegt nun das Positionspapier vor, das international konkrete Aussichten ortet, die zu einer Abrüstung führen, das auch in der Schweiz einen Konversionsbedarf feststellt. Das Papier stellt eine Reihe von Massnahmen vor, deren wichtigste lauten, die Schweiz habe die in Europa feststellbaren Abrüstungsschritte mindestens im gleichen Rhythmus mitzumachen und der Waffenexport soll verboten oder doch reduziert werden. Den Gewerkschaften und sich selbst gibt der SGB die Aufgabe, zusammen mit den Betriebskommissionen von Rüstungsbetrieben Alternativvorschläge zur zivilen Produktion in der betreffenden Firma zu erarbeiten.

Der öffentliche Dienst, 5.10.1990.

Oeffentlicher Dienst, Der > Europa. OeD, 1990-10-05